

**M**it der Ablehnung der weiteren Diskussion des Gesetzentwurfs der LINKEN zum Thüringer Datenschutzgesetz in den Ausschüssen zeigte die Thüringer Regierungskoalition aus CDU und SPD, dass sie die notwendige Unabhängigkeit eines Landesdatenschutzbeauftragten nicht haben will, selbst wenn Modelle und Strukturen vorgeschlagen werden, die in anderen Bundesländern schon erfolgreich sind“, so Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher und Mitglied des Landesdatenschutzbeirates, nach der Landtagsdebatte.

Der LINKE-Datenschutzexperte kündigte an, dass die Reformvorschläge trotz Ablehnung – auch außerparlamentarisch – weiter diskutiert werden und nannte es „entlarvend“, dass die Regierungskoalition die Zwei-Drittel-Mehrheit und die Pflicht zur Stellenausschreibung sowie das Kandidatenvorschlagsrecht für Thüringer Bürger ablehnt. Die Regierungsmehrheit wolle solche Posten offensichtlich weiterhin als „Verfügungsmasse“ missbrauchen, kritisierte der Landtagsabgeordnete.

Die LINKE will mit ihrem Gesetzentwurf ein Unabhängiges Landesdatenschutzzentrum als Anstalt öffentlichen Rechts einrichten, geleitet vom Thüringer Datenschutzbeauftragten. Dieses Modell arbeitet seit Jahren schon erfolgreich in Schleswig-Holstein. Dort wurden wiederholt datenschutzrechtlich heikle Themen, wie Google Street-View oder auch Facebook, fundiert, kritisch und mit großer Wirkung für die gesellschaftliche öffentliche Information und Diskussion aufgenommen.

„Eine solche Belebung der Datenschutzdebatte und datenschutzrechtlichen Kontrolle in Thüringen halten wir für absolut notwendig. Neben bekannten Defiziten im öffentlichen Bereich, wie z.B. in den Kommunen, muss der Thüringer Datenschutz sich verstärkt auch dem privaten Bereich widmen. Dazu muss der Datenschutzbeauftragte schnellstens das notwendige Personal erhalten“, forderte Ralf Hauboldt, der in diesem

# Unabhängigkeit des Datenschutzes

Zusammenhang darauf verwies, dass beim für den privaten Bereich bisher zuständigen Landesverwaltungsamt Personalengpässe bestanden. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn Redner der Regierungskoalition die Schaffung eines Unabhängigen Datenschutzzentrums ablehnten mit dem Verweis auf knappe Haushaltsmittel in Thüringen, denn „Grund- und Bürgerrechtsschutz wie dies der Daten-

schutzbeauftragte tut, darf nicht unter Finanzvorbehalt gestellt werden. Wenn Schleswig-Holstein es schafft, ein Unabhängiges Datenschutzzentrum erfolgreich arbeiten zu lassen, dann muss das auch in Thüringen möglich sein“. Der LINKE-Justizpolitiker verwies auch auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Unabhängigkeit des Datenschutzes. ■



Nachdem sich in der Fraktionssitzung der LINKEN die beiden Kandidaten für das Amt des Thüringer Datenschutzbeauftragten, Lutz Hasse und Constanze Kurz, vorgestellt hatten, hatte Bodo Ramelow von „respektablen Bewerbungen“ gesprochen. Jedoch werde die Kandidatin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bei der Wahl im Landtag „eine sehr hohe Zustimmung der Abgeordneten der LINKEN bekommen“. Auch wenn Dr. Lutz Hasse vor allem verwaltungstechnisch spannende Überlegungen zur Führung des Amtes unterbreitet habe, stehe Constanze Kurz (s. Foto) „dem Anspruch der LINKEN hinsichtlich des Datenschutzes näher“, so der Fraktionsvorsitzende, der auf ihre „sehr gute, erfrischende Vorstellung“ verwiesen hatte. Ihre Überlegungen für eine Modernisierung des Datenschutzrechtes und zur bürgernahen Ausgestaltung des Amtes seien auf große Zustimmung in der Linksfraction getroffen. Hinzu komme, dass Frau Kurz für DIE LINKE bereits als Sachverständige in der Bundestags-Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ tätig ist.

Bei der Wahl am 24. Februar im Landtag war es tatsächlich knapp geworden. Der Jurist Lutz Hasse als neuer Thüringer Datenschutzbeauftragter erreichte genau die notwendigen 45 Stimmen für die einfache Mehrheit. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

**LANDEsarbeitsmarkTPROGRAMM:** Angesichts der Kürzung der Bundesmittel für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen wurde in Thüringen eine Orientierung auf Weiterbildung vorgenommen. MdL Ina Leukefeld kritisierte jedoch, „dass einigen wenigen Trägern immense Förderung zuteil wird und andererseits Programmteile des Landesarbeitsmarktprogramms wegen fehlender Haushaltsmittel gestoppt werden müssen“.

**DIE KLAGEZAHLEN BEI SOZIALGERICHTEN** sind nur leicht rückläufig. MdL Ralf Hauboldt fordert klarer gefasste Sozialgesetzes. Notwendig seien fundierter ausgearbeitete und verständlichere Bescheide sowie mehr Bereitschaft der Jobcenter, Problemfälle mit kommunikativen Mitteln zu lösen, „statt Betroffene bei Callcentern und in Telefonschleifen landen zu lassen“.

**ANSTIEG DER VERKEHRSTOTEN** in Thüringen überdurchschnittlich: MdL Dr. Gudrun Lukin fordert gründliche Ursachenanalyse. 150 Verkehrstote im Jahr 2011 seien erschreckend. Es müsse das Alkoholverbot für Fahranfänger ausgeweitet werden. Land und Kommunen sollten verstärkt die Unfallschwerpunkte ermitteln und noch mehr für die Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung tun.

**FÜR SCHLOSS WILHELMS-THAL** wurden Sanierungsmittel des Landes freigegeben. MdL Katja Wolf sprach von einer „überfälligen Entscheidung“. 250.000 Euro stehen zur Verfügung, um die maroden Dachaufleger zu erneuern und den Dachstuhl wieder aufzusetzen. ■

## NACHRICHTEN

### Keine Antworten

„Das Engagement dieser Landesregierung für die Arbeit der Soziokultur und der freien Szene ist offensichtlich noch geringer als das von früheren CDU-Alleinregierungen“, so MdL Dr. Birgit Klauert. Auf ihre Frage im Landtag zu den Auswirkungen der „kleinen Haushaltssperre“ habe sie nur schwammige oder gar keine Antworten von Staatssekretär Prof. Merten erhalten. Offensichtlich lebt das Ministerium in einer von Unkenntnis geprägten Realität und nimmt die prekäre Situation der betroffenen Kultureinrichtungen überhaupt nicht wahr. „Dass ein Ministerium Ende Februar noch immer nicht sagen kann, wann es denn nun Bewilligungsbescheide für die soziokulturellen Träger und die Akteure der freien Szene gibt, ist ungeheuerlich. Wie lange will die Landesregierung denn die Betroffenen



noch ausbluten lassen?“

Archivfoto eines Plakats der Thüringer Kulturinitiative vor den letzten Landtagswahlen ■

### Studienförderung

Susanne Hennig, Sprecherin der Linksfraction für Studierendenpolitik, hält erfolgsabhängige Leistungsstipendien nur für die besten drei Prozent, wie sie die FDP propagiert, für einen Holzweg. „Wer nur den Besten ein Stipendium geben will, die Mittel dafür aber dem immer geringer werdenden BAföG abzwackt, der geht kilometerweit an den Problemen vorbei! Während in Finnland 70 Prozent der Studierenden staatliche Unterstützung erhalten, sind es in Deutschland nur ein Viertel. Was wir brauchen, ist eine grundlegende Verbesserung der Studienfinanzierung für alle, nicht ein Leistungs-Stipendium für die besten drei Prozent! Dann werden sich mehr junge Menschen für die Hochschule entscheiden und schaffen es auch, ihr Studium mit Erfolg zu beenden.“ ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden vom 21. März bis 23. März statt sowie in der Zeit vom 2. bis 4. Mai. Wer Interesse am Besuch eines Plenums hat, melde dies bitte vorab in der Geschäftsstelle der Linksfraction.

### Fotoausstellung:

Die Ausstellung „PresseFoto Hessen - Thüringen“ ist vom 14. März bis 10. April im Zwischenhang des Thüringer Landtags in Erfurt öffentlich zu sehen.

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraction:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)